

Das Proletariat kämpft für den RAB

Verstärkte Kampfbereitschaft

(Bericht eines Augenzeugen)

Herr von Keudell bildet sich ein durch Verbot des RAB keinen tatsächlichen Stahlhelmbanden einen Kreislauf ausstellen zu können. Herr von Keudell glaubt durch Verbot des RAB den Widerstand der Arbeiterklasse brechen zu können. Herr von Keudell irrt sich darin gewaltig.

Die Stahlhelm-Propaganda in Neustadt am Sonntag dem 22. April ist nicht vom RAB, sondern von einer schrecklichen Propaganda mit einer Energie zurückgeworfen worden, wie vielleicht nie zuvor. Gerade weil der Stahlhelm auf Propaganda ausging, um den RAB zu zeigen, um dem Herrn Keudell und seinen Kreisläufigen „Material“ für den Staatsgerichtshof gegen den RAB wenigstens noch nachträglich liefern zu können, gerade deshalb erhob sich die Neustädter Arbeiterklasse sofort einmütig gegen die Stahlhelm-Propaganda und die Schupo, die diese Dummheit durch ihren „Schuß“ erst ermöglichte.

Es war bezeichnend, als in dem Moment, in dem der „abgefammte“ Jura des Stahlhelms in eine typische Arbeiterstraße einbog, die Straße in wenigen Minuten von Arbeitern besetzt war. In Hilfsposteln, Hemdsärmeln, ganz gleich in welchem Zustande, so wie sie gerade aussahen, so gingen die Proleten spontan auf die „abgeriegelte“ Straße und liehen dem Stahlhelm im Nacken.

Solche Arbeiter waren es auch, die nun ihrerseits anfangen ihre Arbeiterstraße vor der Polizei des Sozialdemokratischen Polizeibereichs und vor den Faschisten „abzuriegeln“.

Aus Patten, Köpfen, Balken und Eisenträgern wurde ebenso spontan eine regelrechte Barrikade gebaut. Die primitiven Schußwaffen mit Steinen gegen aufstürmende Schupo und Stahlhelm auf verteidigen versucht. Erst als die letzten Schärfer der Schupo räumten die waffenlosen Arbeiter das Hindernis, das dann von der Schupo beseitigt wurde.

Unter diesen kämpfenden Arbeitern befand sich kein einziger RAB-Kamerad. Die Arbeiter wußten sich auch ohne den RAB zu behelfen. Die Arbeiter werden alle Kräfte daransetzen, ein

Verbot des RAB, das eine schwere Einbuße für die revolutionäre Agitation und Propaganda darstellen würde, zu verhindern. Neustadt hat aber bemerkt, daß schon der Versuch des Verbotes eine Stärkung der Kampfbereitschaft der arbeitenden Arbeiterklasse bringt. Herr von Keudell und sein ehrenwerter Staatsgerichtshof mögen den RAB verbieten — der Stahlhelm und die übrigen Faschisten werden sich wundern.

Es lebe die Rote Front!

Berlin, 24. April. (Eigene Drahtmeldung)

Die Genossen Thalmann und Torgler werden in der heutigen Sitzung des Aechermachungsausschusses des Reichstags den nachstehenden Antrag einbringen:

„Die Sitzung wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, das Erlaßnen des Reichsinnenministers an die Länderregierungen jenseits Verbots des Roten Frontkämpferbundes mit sofortiger Wirkung wieder aufzuheben.“

Die deutschnationalen Presse heute morgen weist höhnisch darauf hin, daß der Ausschuss wohl keine Meinung zum Ausdruck bringen dürfe, daß er aber nicht das Recht habe, bindende Beschlüsse zu fassen.

Die Deutschnationalen haben mit aller Kraft zum Verbot die Arbeiter von Neustadt beiseite gedrückt. Die Arbeiter werden nicht zurück. Der Staatsgerichtshof kann das Verbot bestätigen, die Rote Front wird dadurch nicht erledigt, sondern gestärkt werden. Die richtige Antwort ist:

Verbot für den RAB! Treter ein in die RAB! Zeichner für den kommunistischen Wahlsond!

Protest gegen Keudell

Resolution

zum Protest gegen das Verbot einer proletarischen Organisation Roter Frontkämpfer-Bund, E. B.

Die Arbeiter der Baustelle der Firma Richard Richter erheben den schärfsten Protest gegen das Verbot des obengenannten Vereins und fordern sofortige Zurücknahme des Verbots vom Reichsinnenminister Keudell.

15000 auf der Straße

Aussperrung in Hannover

Hannover, 24. April. (Eigene Drahtmeldung)

Heute ist die Gesamtaussperrung der insgesamt 15000 Metallarbeiter in Hannover erfolgt nachdem schon am 19. April die Teilaussperrung mit 5000 Arbeitern voranging. Die Auslieferung erfolgt, weil infolge Scheiterns der Verhandlungen über den Mantel- und Lohnvertrag sechs Betriebe am 16. April in den Streik getreten waren. Bei den Streikenden und Ausgesperrten herrscht eine glänzende Kampfmotivation, mit feierlicher Entschlossenheit nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die geforderte Lohnerhöhung und der Achtstundentag durchgesetzt sind.

Elßaß-Lothringen wählt antimperialistisch

Strasbourg, den 23. April 1928.

Das bisherige Wahlergebnis in Elßaß-Lothringen bedeutet eine schwere Niederlage der imperialistischen Parteien einschließlich der elßaß-lothringischen Sozialdemokratie. Sieger der Wahlen sind Kommunisten und Autonomisten, obgleich sie bisher kein Mandat errangen. Die Hauptentscheidung fällt auch hier bei den Stichwahlen, doch aber die vereinigten imperialistischen Parteien, und zwar sowohl die offen kommunistischen Parteien wie die elßaßische Volkspartei, deren Programm regional schillernd, diesmal im ersten Wahlgang zusammen nur 5 Kandidaten durchbrachten, bezeichnet den ungeheuren Umsturz, der in Elßaß-Lothringen seit Mai 1924 vor sich gegangen ist. Überordentlich hohe Stimmenzahl errangen die elßaßischen Autonomisten sowohl im Ober- wie im Unterelßaß, obgleich deren Führer im Gefängnis sitzen, der Propagandaapparat der Partei unterdrückt war und eine Organisation so gut wie überhaupt nicht vorhanden ist. Zum Teil schlugen ihre Kandidaten schon im ersten Wahlgang die Kandidaten der elßaßischen Volkspartei, deren Wahlplattierung die Autonomisten sind.

Im Arbeiterlager ist ein gewaltiger Fortschritt der Kommunisten festzustellen. In Strasbourg-Stadt erhielt der Führer der elßaßischen Sozialdemokratie, Perotes, der 1924 mit absoluter Mehrheit gewählt war, diesmal nur 7400 Stimmen, der Kommunist Haas erreichte an 4000 Stimmen. In Strasbourg-Land, dem einstmaligen Industriegebiet, leitet der Kommunist Häber mit 8300 Stimmen an der Spitze. Der Sozialist brachte nicht mehr als 4000 Stimmen auf. Im wichtigen Industriegebiet Hagenau kandidierten gleichzeitig der reformistische Gewerkschaftsführer Jambit, Kommunistenfürer und Sekretär der reformistischen Gewerkschaften des Unterelßaß, und Mohr, Sekretär der revolutionären Gewerkschaften. Mohr erhielt mehr Stimmen als Jambit. In der Rolle, im lothringischen Industriegebiet, stehen Kommunisten und lothringische Arbeiter fast gleich stark. Bei den Stichwahlen besteht Aussicht, daß die Kommunisten hier zum ersten Male ein Mandat erringen. Die Sozialisten haben hier im Industriegebiet nur Bruchteile der kommunistischen Stimmenzahl erhalten. Bei den Stichwahlen besteht die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens von Kommunisten und Autonomisten, wenn die Autonomisten sich auf ein antimperialistisches Programm verpflichten. Das elßaß-lothringische Ergebnis ist besonders bemerkenswert, da seit Monaten eine Kampagne gegen Autonomisten und Kommunisten in den drei Departements mit den schändlichsten Mitteln geführt wurde. Die Kommunisten verdanken ihren Erfolg zum Teil ihrer klaren Haltung in der nationalen Frage, ihrer Unterstützung der elßaß- und lothringischen Autonomistenkreise in städtischen und ländlichen Mittelkreisen.

Erdbeben in Korinth

20 Tote, 70 Verwundete, 10 000 Obdachlose

U. Berlin, 23. April

Wie die Abendblätter aus Athen melden, ist durch das gestrige Erdbeben Korinth fast dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Zahl der Verwundeten ist nicht festzustellen. Die Stadt bildet ein Ruinenfeld. Fast sämtliche großen Gebäude sind eingestürzt. Die Einwohner stürzten auf die Straße, und durch ihre Schreie hörte man das Getöse der einstürzenden Gebäude. Auch der Schaden in Lutraki und Isthmia ist sehr groß. In Korinth sind 23 Häuser eingestürzt. Das Gefängnis von Korinth ist ebenfalls zerstört. Die Gefangenen haben, soweit sie nicht verunglückt sind, auch viele Soldaten einer einrückenden Kavallerie wurden Opfer des Bebens.

Wie ein Morgenblatt über das Erdbebenunglück in Korinth ergänzend aus Athen berichtet, hat die Stadt das Aussehen eines neuen Pompeji. In Korinth selbst und in den Dörfern Lutrakion, Kalamassi und Amalidebris sind etwa 80 Prozent aller Häuser zerstört. Über 10 000 Menschen sind obdachlos geworden. Fisher werden aus Korinth allein 20 Tote und 70 Verwundete gemeldet. Durch das Erdbeben wurden in Korinth alle Gebäude zerstört, so daß die Gefahr einer Hungersnot droht.

Aus Philippopolis wird gemeldet: Das heutige Erdbeben war, obgleich es nur kurze Zeit dauerte, fürchterlich in seinen Folgen. Wiederum war es Philippopolis das besonders hart heimgesucht wurde. Die wenigen noch erhaltenen Häuser kürzten bis auf die Grundmauern ein, wobei nach den bisherigen Aufzeichnungen die Grundmauern getötet und viele verwundet wurden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Todesopfer ist darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung noch immer im Kreise lahmbleibt. Die meisten Wunden befinden sich im Erdbebengebiet.

demokratie denkt dabei nur an den Stimmgabel und an das bürgerliche Parlament. Wir haben eine Fülle von Arbeiterparteien die Mehrheit im bürgerlichen Parlament hatten und wo die Bürgerlichen den geringsten Verlust der Arbeiterregierungen“, auf parlamentarischer Grundlage eine andere als bürgerliche Innenpolitik zu betreiben, mit außerparlamentarischen Mitteln beantworteten (1923 in Sachsen und Thüringen, 1928 Norwegen) und die Regierungen stürzten.

Die Sozialdemokratie macht aus der Demokratie lediglich einen Fettersch Gewin ist historisch gesehen die bürgerliche Demokratie ein Fortschritt gegenüber der feudalistischen oder halbfeudalistischen Herrschaftsform der Besitzenden. Es sei jedoch immer wieder an die Worte von Friedrich Engels erinnert, der im Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ sagt: „Und man glaubt schon einen ganz gewaltig fähigen Schritt getan zu haben, wenn man sich freigemacht hat vom Glauben an die erbliche Monarchie, und wenn man auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“

Alle praktische und theoretische Erfahrung des letzten Jahrzehnts zeigt, daß die Sozialdemokratie, die aus der Verherrlichung der bürgerlichen Demokratie und des „Staatsgedankens“ ein politisches System gemacht hat, die wichtigsten Grundgedanken der marxistischen Staatsauffassung und der Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse allein zur Macht gelangen kann, längst preisgegeben hat.

Teshalb finden wir im Wahlauftritt auch kein Wort von der Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Klassenherrschaft, geschweige denn ein Wort von der Diktatur des Proletariats als der Überwachungsform von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie.

Die Sozialdemokratie empfiehlt sich den Wählern als Partei des parlamentarischen Reformismus in Reinkultur. Dem Wesen ihrer Wahlforderungen nach ist sie eine kleinbürgerliche Reformpartei. Nach ihrem Wahlauftritt wird am 20. Mai, also am Wahltage über alle wichtigen Fragen der Außen- und Innenpolitik entschieden. Weder am 20. Mai noch nachher im Parlament fallen die tatsächlichen Entscheidungen zwischen den Klassen. Nach Meinung der Sozialdemokratie, die nach Hilferding „ein Teil des Staates“ ist, ist das aber der Fall.

Charakteristisch ist an diesem Wahlauftritt, daß er bereits das Gesicht der kommenden Koalition erkennen läßt. Kein Wort ist gesagt gegen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten. Das vertritt die kommende Koalition nicht. Dagegen wird die Bürgerblockpolitik mit der Politik der Deutschnationalen und der Bürgerblock mit der Parteiherrschaft der Deutschnationalen Volkspartei identifiziert.

Gewiß haben im Bürgerblock die Deutschnationalen eine große Rolle gespielt. Aber keine größere wie Stresemann und Marx und deren Parteien. Warum das Verdienst ist einseitig verteilt? Und warum das No-Programme der deutschnationalen Regierung, eben der Bürgerblockregierung, als „unzulänglich und ideologisch“ bezeichnet, was es vom Standpunkte der Bourgeoisie gar nicht ist, und schamhaft verschweigen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Bürgerblockregierung genehmigt und damit die Weiterexistenz der Bürgerblockregierung gewährleistet hat? Das verschweigt der Wahlauftritt der SPD. Er streut trotz aller auch sonst von Demagogie und vom Verschweigen der Wahrheit.

Welchen wir uns einzelne Forderungen des Wahlauftrages. Zur Außenpolitik wird behauptet, „die Regierung des Bürgerblocks bedeutete den Stillstand in der auswärtigen Politik“. Wir glauben im Gegenteil, daß das Bündnis aller kapitalistischen Kräfte gegen die Sowjetunion während der Bürgerblockherrschaft, gefördert durch die sozialdemokratische Außenkampagne gegen die die Sowjetunion, gewaltige Fortschritte gemacht hat. Aber mit welchem Recht polemisiert die Sozialdemokratie gegen die Außenpolitik des Bürgerblocks? Hat nicht Brechtel auf dem Kieler Parteitag im Mai 1927 auch behauptet, daß die Sozialdemokratie die Außenpolitik Stresemanns, des Bürgerblockministers, immer unterstützt habe und auch weiter unterstützen werde, obwohl, wie Fr. sagt, Stresemann immer nur die Interessen der Schichten, die er zu vertreten habe, wahrgenommen hat.

Wenn der Aufruf noch verlangt, daß der Friede „durch Abklärung und Schiedsgerichtsbarkeit gesichert“ und „der Krieg als Mittel der Politik geachtet werden“ müsse, wenn kein Wort über die Sowjet-Union gesagt wird, so sind dadurch die außenpolitischen Forderungen hinsichtlich charakterisiert. Ein hohles, zu nichts verpflichtendes Wählversprechen.

Was sagt der sozialdemokratische Aufruf zur Sozialpolitik? Der 20. Mai entscheide über Fortführung oder Stillstand des Kampfes, die Entscheidung über den Achtstundentag kündigt sich an. Die Entscheidung wird am allermeisten im Parlament entschieden. Und die Führer der Sozialdemokratie haben sich in dieser Frage längst entschieden. Die Keil, Kautski, Biederermann, Schippel u. a. führten 1920 und später bereits ideologisch den Kampf gegen den Achtstundentag. Ebert und Solimann, die das Ermächtigungsgesetz erlassen haben, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die dem ersten und zweiten Ermächtigungsgesetz zustimmten, haben den Arbeitern den Achtstundentag rauben helfen. Die Gewerkschaftsführer, die sich jedem Schiedsgericht beugen, sanktionieren den Raub des Achtstundentages. Die Gewerkschaften hätten die Macht, wenn ihre derzeitige Führung wüßte, die Schlacht um den Achtstundentag zugunsten der Arbeiter zu entscheiden. Warum, wenn man darum kämpfen wollte, auf das bürgerliche Parlament vertragen?

„Steigerung der Lohnsteuer... war die Finanzpolitik des Bürgerblocks“. Wir wollen auch hier daran erinnern, daß die 10 den 10prozentigen Lohnabzug aus dem Kaiserlichen Parteitag der SPD als eine revolutionäre Form der Steuerpolitik bezeichnete.

Die Sozialdemokraten wollen nach ihrem Aufruf aber auch eine „parlamentarische Finanzpolitik, die neue Küstungsausgaben beschränkt“. Deswegen stimmten sie unlangst dem Marquetat zu. Auch gegen die Zollpolitik des Bürgerblocks wendet sich der Aufruf der SPD. Doch hat die Sozialdemokratie die ungeheuerlichen Folgegehe des Jahres 1925 mit auf dem Gewissen.

Preußen wird im übrigen noch als „Hort der Republik“ gepriesen. „Die Demokratisierung der Verwaltung“ schreite trotz aller Widerstände fort. Was es nicht Separierung, der vor aller Widerstände fort. Was es nicht Separierung, der vor allem in Preussischen Landtag gegenüber dem Abgeordneten De Lerner erklärte, daß ihm deutschnationalen Beamte lieber seien als kommunistische und er erriere jederzeit vorziehen werde?

Am Schluß wendet sich der Aufruf auch gegen die Kommunisten, denen die „Spaltung der Arbeiterbewegung“ zum Vorwurf gemacht wird. Die tatsächlichen Ursachen der Spaltung die Tatsache, daß die SPD den Boden des Klassenkampfes verlassen und die Interessen der Arbeiter vollständig verraten hat, und die Schwere der Wahlauftritt der SPD. Daß gerade jetzt die Gewerkschaftsführer von einem kommunistischen Heilighen sind, der alles bisher Dagewesene übertrifft, und daß sie die kommunistischen Funktionen buchstäblich aus den Gewerkschaften ausschließen, weil sie den reformistischen Kurs derselben bekämpfen, — das schweigt der Aufruf tot.

Die Arbeiter, die den Sozialismus wollen, werden am 20. Mai die Differenz der Sozialdemokratie ablehnen. Sie werden ihr und allen bürgerlichen Parteien die Quittung für ihre arbeitertöndliche Politik geben und kommunistisch wählen. Wüßend, daß die kommunistische Partei das bürgerliche Parlament als Tribüne für das revolutionäre Proletariat anzuwenden wird, daß die SPD, soweit das im Rahmen der bürgerlichen Klassenherrschaft möglich ist, auch im Parlament für die Klassenrechte und Forderungen der Arbeiterklasse kämpfen wird, wüßend, daß die kommunistische Partei ihre Tätigkeit im Parlament einordnet und unterordnet dem allgemeinen Kampf zum Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und der Errichtung der proletarischen Diktatur — wählen alle Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen am 20. Mai die Rote Front, Kommunisten.

Berliner Drucker im Streik

Berlin, 24. April. (Eigene Drahtmeldung)

Gestern-mittag haben die Drucker und das Hilfspersonal in den Maschinenfabriken im ganzen 200-250 Mann bei der Firma Dr. S. Herzmann, Berliner Börserfurter, wegen Rückbewilligung erhöhter Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Parlamentarische Laufbahn für 5000 Mark

In der Dternnummer des bürgerlichen Dresdner Anzeigers erschien folgende Annonce:

Parlamentarische Laufbahn

bietet eine Partei bei mindestens 5000 Mark

Darlehen für Wahlzwecke, Offerten usw....

Hier wird die sprichwörtliche Korruption der bürgerlichen Parteien in den Dienst der gemeinen Geldhorrerei, wenn nicht des direkten Betruges, gestellt.

Geld und Politik, Mandat und Mandatsverkauf, das sind eben bei der Bourgeoisie unzertrennbare Begriffe. Die Kandidaten der kommunistischen Partei werden nicht nach der Schmere ihres Geldbeutels gewogen. Sie müssen beweisen, daß sie schon beachtliche und vorbildliche Leistungen für die Sache des revolutionären Proletariats vollbracht haben. Sie müssen die Gewähr bieten, daß sie auch im Parlament ihre revolutionäre Pflicht tun werden, so wie sich Karl Liebknecht auch als Parlamentarier nicht scheute, bei dem Leben für die Arbeiterklasse zu wagen.

Nach diesen Gesichtspunkten wählt die SPD ihre Kandidaten aus. Sie unterheidet sich auch darin beträchtlich von der Sozialdemokratie. Deshalb soll der Klassenbewußte Arbeiter sich für die SPD entscheiden. Wenn er sieht, daß die Bourgeoisie Tausende von Mark zur Unterhaltung des Wahlkampfes der bürgerlichen Parteien hinwirft, muß er einsehen, daß er alles tun muß, um seine Partei, die SPD, zu unterstützen. Vor allem muß er mit helfen, ihre Finanzen zu stärken. Er muß für den Wahlsond sammeln und zeichnen. Die Korruptionspresse von der Art des Dresdener Anzeigers aber muß er aus seiner Wohnung verbannen und die kommunistische Presse abonnieren. Jahr muß er immer neue Abonnenten zuführen.

Gewerkschaftskollegen, wollt ihr zum Wahlkampf diesen Standal dulden?

Grahmann, Vorstandsmitglied des ADGB, propagiert in Gewerkschaftsversammlungen die Koalitionspolitik der SPD

Am Dienstag sprach in Berlin Peter Grahmann der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, vor Mitglidern des Verbandes der Lithographen und Steinbruder über die „Gewerkschaften und die Reichstagswahlen“. Er führte u. a. aus:

„Die Gewerkschaften waren immer politisch orientiert und interessiert und sind es noch heute. Wir stehen heute vor der Alternative, uns entweder in die Opposition zu stellen, oder heran an den Staat zu gehen. Die Frage der Koalition ist heute anders zu beurteilen als im früheren Obrigkeitsstaat. Sie ist nach der Staatsumwälzung zu einer Frage der Zweckmäßigkeit geworden. Wenn man auf den Staat Einfluss ausüben will, muß man auch jede Gelegenheit benutzen, diesen Einfluss zu erlangen. Die bevorstehenden Neuwahlen der Parlamente geben dazu wieder einmal Gelegenheit.“

Die Gewerkschaften sind nicht an die Sozialdemokratische Partei gebunden, sondern von ihr unabhängig. Die Sozialdemokratie hat aber stets die Forderungen der Gewerkschaften unterstützt, so daß es für den vorwärtsstrebenden Gewerkschaftler in dem bevorstehenden Wahlkampf nur die eine Parole geben kann: Jede Stimme der Sozialdemokratie!“

Die Allianz gegen Sowjetrußland

London, 24. April. (Eigene Drahtmeldung)

Der Berliner Volkspolizeibeamte des Ministers für Indien Lord Birkenhead, gab im Unterhaus Anlaß zu einer Reihe von Anfragen der Arbeiterparteien durch John Ston und Kenn Worthy. Ministerpräsident Baldwin antwortete unwillig, der Reich Lord Birkenheads ist völlig privater Natur gewesen. Kenn Worthy erkundigte sich hierauf ob der Ministerpräsident die deutschen Zeitungsberichte zu dem Reich Lord Birkenheads in Berlin und die Partier Kommentare hierzu gelesen habe, worauf Baldwin feststellte er habe aus den Berichten nichts anderes herausgehört können, als daß Lord Birkenhead den Wunsch nach freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen zum Ausdruck gebracht habe. Kenn Worthy gab sich damit nicht zufrieden und fragte weiter ob Lord Birkenhead lediglich in privater Eigenart eine deutsch-französisch-englische Allianz gegen Rußland befürwortet habe. Diese Frage wurde von den Bankern der Konvention mit Zureden wie: „Warum sollte er nicht ein solches Bündnis befürworten?“ beantwortet. Der Ministerpräsident selbst jedoch blieb stumm.

100 000 Baumwollspinner im Lohnkampf

Blutige Zusammenstöße — Die Polizei schießt auf die Massen

London, 24. April. (Eigene Drahtmeldung)

Der Streik der Baumwollspinner in London hat sich auf 100 000 Streikende ausgedehnt, 42 Spinnerereien sind arbeitslos. Die Zahl der Zusammenstöße mit der Polizei vermehrte sich in einem Fall feuerte die Polizei, wodurch ein Mann getötet und ein anderer verwundet wurde.